



Antrag

der Fraktion der FDP

Handeln statt verbieten: „Allianz für die Ostsee“ statt Nationalpark

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, den Konsultationsprozess zum Nationalpark Ostsee unverzüglich zu beenden und auf die Einrichtung eines Nationalparks zu verzichten.

Die Landesregierung wird aufgefordert, alle bisherigen und umfassenden Ergebnisse des Konsultationsprozesses zu veröffentlichen. Diese sollen Grundlage für Gespräche mit Vereinen, Verbänden und weiteren Interessenvertretungen zur Gründung einer „Allianz für die Ostsee“ sein.

Der Nährstoffeintrag aus allen Ostseeanrainerstaaten trägt maßgeblich zur Verschlechterung des Zustands der Ostsee bei. Der aktuelle Baltic Sea Action Plan legt unter anderem die Reduzierung der Nährstoff-Belastung der Ostsee fest. Zur Verringerung der Nährstoffeinträge können Gewässerrandstreifen maßgeblich beitragen. Der durch die HELCOM-Zusammenarbeit eingeschlagene Weg der Best-Practice-Beispiele, wie bei der Modellregion Schlei, soll fortgeführt werden.

Der Zustand der Munitionsaltlasten in der Ostsee verschlechtert sich durch Korrosion immer weiter und stellt somit einen weiteren Risikofaktor für den Zustand der Ostsee dar. Die Landesregierung wird demnach aufgefordert, die Bergung der Munition mit der Bundesregierung gemeinsam schnellstmöglich voranzutreiben und keine gesetzlichen Änderungen vorzunehmen, die eine Bergung verhindern oder verzögern könnten.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, nachhaltigen Tourismus und Biodiversität im Sinne der Tourismusstrategie weiterhin gemeinsam mit den Tourismuspartnern als Leitmotiv und Qualitätsmerkmal zu verfolgen. Dies impliziert die gleichwertige Beachtung der drei Nachhaltigkeitssäulen „Ökonomie“, „Ökologie“ und „Soziales“. Die in der Tourismusstrategie festgelegte Schwerpunktsetzung, die Kernthemen „Naturerlebnis“ und „Maritimes Erlebnis“ - wozu explizit auch wasserbezogene Aktivitäten und Wassersport zählen - sind beizubehalten und weiterzuentwickeln. Diese können einen wertvollen Beitrag zur bewussten und verantwortungsvollen Wahrnehmung des Lebensraums Ostsee leisten.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Förderung von Landstromanlagen fortzuführen und somit weiterhin zu unterstützen.

Die bereits jetzt eingerichteten FFH-Gebiete schützen große Teile der schleswig-holsteinischen Ostsee. Das Monitoring aller FFH-Schutzgebiete wird alle sechs Jahre durchgeführt. Allerdings gibt es keine genauen Messungen und Studien allein über den Zustand der schleswig-holsteinischen Ostsee und über den Nutzen der FFH-Gebiete in diesem Bereich. Deswegen fordert der Landtag die Landesregierung auf, ein Monitoring der schleswig-holsteinischen Ostsee zu planen und die notwendigen Messungen in Auftrag zu geben. Im Rahmen dieses Monitorings sollen Daten gesammelt werden, die auch Aufschluss über die Herkunft von Nährstoffeinträgen geben.

Begründung:

Im Konsultationsprozess der Landesregierung wird nur das Instrument des Nationalparks diskutiert und erörtert. Für ein komplexes Ökosystem wie die Ostsee bedarf es allerdings verschiedener gezielter Maßnahmen, die direkte Auswirkungen auf den Zustand der Ostsee haben und diesen verbessern.

Oliver Kumbartzky
und Fraktion